Willi Brandt und seine parlamentarische Opposition

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **64 (1970)**

Heft 6

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-141771

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Willi Brandt und seine parlamentarische Opposition

Wenn man 25 Jahre nach der Niederlage Deutschlands die Versuche Brandts beobachtet, dem Osten gegenüber eine Entspannungspolitik einzuleiten und zusehen muss, in welch fanatischer Weise sich die gesamte CDU/CSU Opposition Brandts Bemühen entgegenstemmt, so könnte man an der politischen Einsichtslosigkeit dieser westdeutschen Politiker-Clique verzweifeln. Es gab einst einen Aussenminister Stresemann, den Locarno-Pakt Mann, der fand, solange man nicht die Faust auf den Tisch hauen könne, müsse man eben «finassieren», mit anderen Worten, eine Politik des tun-als-ob treiben. Nun, die Politiker der BRD Opposition von Franz Josef Strauss bis Barzel sind über das Finassieren längst hinaus. Im Vertrauen auf ihre militärische Stärke, ihre zunehmende Bedeutung für die NATO, vor allem aber der Glaube als Degen der USA in Europa unentbehrlich zu sein, halten sie die Zeit für gekommen, ihre Forderungen offen zu stellen. Vorerst einmal «ein Deutschland in den Grenzen von 1937», man kann aber annehmen, dass weitere Forderungen folgen werden.

Man muss die Studie in den «Blättern für Deutsche und Internationale Politik» (Februar 1970) gelesen haben, die strategischen Auffassungen der Bundeswehr-Generäle blosslegt, um sich zusammen mit den Erklärungen der Oppositionspolitiker der BRD ein ungefähres Bild der Pläne zu machen, die in Bonner Rechtskreisen entwickelt werden. Da ist vor allem die Weigerung, die DDR völkerrechtlich anzuerkennen, weiter die Weigerung, sich mit einer de-facto-Anerkennung der Ostgrenzen (Oder-Neisse) abzufinden. Man halte daneben die Auffassung der Generalität, dass «an der gemeinsam mit der NATO getragenen Vorne-Verteidigung festzuhalten sei». Der Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt lässt sich von folgenden Prinzipien leiten: «Das Element der Politik im Atomzeitalter ist die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen und die Entschlossenheit zum Einsatz, verbunden mit der Fähigkeit, diese Waffen an den Feind zu bringen. Hierzu ist eine hervorragend ausgebildete Armee notwendig, und der Gleichklang zwischen Volk und Führung Voraussetzung?» (Siehe auch «Neue Wege» Mai 1970). Im Zusammenhang mit diesen Plänen setzte der Verteidigungsminister an der Novembertagung der nuklearen Planungsgruppe der NATO «die Sanktionierung der Einsatzplanung für taktische Atomwaffen durch». Dadurch wird dem Planungsstab erlaubt «unter erleichterten Voraussetzungen einen Präventiv-Abschreckungsschlag auszulösen.» Solche Massnahmen sind ein gutes Mittel, die NATO gegen Neigungen zu einer europäischen Sicherheitskonferenz, wie sie die Russen seit so langem vorschlagen, abzuriegeln.

Für einen nicht-deutschen Beobachter unverständlich ist die Tatsache, dass ein Helmut Schmidt als Verteidigungsminister geduldet wird. Er ist Hauptmann der Reserve, in seinem Denken so sehr den Vorstellungen militärischen, fast wilhelminischen Denkens verhaftet, dass er selbst in einer sozialdemokratischen Regierungsequipe als Fremdkörper wirkt. Er wird bekanntlich von der sozialdemokratischen Linken scharf bekämpft, geniesst

aber das uneingeschränkte Vertrauen der Bundeswehrgeneräle, sämtliche mit Nazivergangenheit. Ihre Parole lautet: «Mit Helmut Schmidt machen wir alles». Ob den Sozialisten Brandt nicht manchmal der Geist jenes Wehrministers schreckt, der so entscheidend die Weimarer Republik zerstören half. Ist Brandt nicht mehr frei, diesen zweiten Noske in die Wüste zu schicken?

Was den Generälen und offenbar auch Schmidt vorschwebt, ist eine erneute Disziplinierung oder Verpreussung des deutschen Volkes, genannt «Gleichklang von Volk und Heer.» Dass diese Entwicklung schon weit gediehen sein muss, zeigt die Tatsache, dass Generalstäbler jedem, der es hören will, versichern «dass die Armee selbst bestimmt, wann der Zeitpunkt für einen Einsatz (etwa bei internen Unruhen) der Streitkräfte gekommen sein könnte.» Dies als Warnung an die parlamentarischen Organe, falls die Entspannungspolitik zu weit gehen sollte.

Eine Entwicklung, die mit soviel Unterstützung rechnen kann, wird nicht stehen bleiben. Allein schon die strikte Weigerung der Führung der Opposition in der Bundesrepublik, die DDR völkerrechtlich anzuerkennen, gibt einen Anhaltspunkt für die Pläne des westdeutschen Militärs, trotz allen Versicherungen des Gewaltverzichts. Eine Schwächung der Sowjetunion, durch irgendeinen Umstand, ja selbst eine starke Verlagerung ihrer Abwehrkräfte etwa durch einen Konflikt mit China könnte die Gefahr eines Handstreichs der westdeutschen Militärkräfte provozieren. Solange keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR erfolgt ist, könnte und würde dieses Vorgehen als innerstaatliche Massnahme deklariert werden. Wäre das fait accompli einmal geschaffen, so würde, dies ist die Spekulation der Angreifer, weder die Sowjetunion noch die USA, der Deutsch-Demokratischen Republik wegen versucht sein, einen Weltkrieg zu entfesseln. Man erinnert sich an «mourir pour Danzig». Dass ein solches Unternehmen voller Ungewissheitsfaktoren steckt, schliesst die Möglichkeit nicht aus, dass militärische Abenteurer wie es sie unter den Nazis gab, eine vermeintliche Chance nützen, schon um sich nach dem Prestigeverlust von 1945 zu rehabilitieren. Phantastischer, als was heute geschieht, wäre ein solcher Handstreich nicht.

Man mag zur DDR stehen wie man will, so muss man zugeben, dass der Aufbau, der dort geleistet wurde, hohe Achtung verdient. Allein schon die wirtschaftliche Entwicklung, die nach 1945 unter dem Nullpunkt ihren Anfang nahm, rechtfertigt den Ausspruch des amerikanischen Generals Hugh Hester, dass «das wirkliche deutsche Wirtschaftswunder nicht in Westdeutschland sich ereignet habe, sondern in der DDR, die sich aus einem weitgehend zerstörten und ausgeraubten Land zu einer industriellen Weltmacht-Stellung emporarbeitete.» Vielleicht ist gerade der Respekt vor dieser Leistung die nur durch hervorragende Schulungs und Erziehungsarbeit möglich war, der Grund für eine gewisse Anziehungskraft, die den Rechtskreisen in der BRD höchst unerwünscht ist. Imperialismus unter der Flagge des Antikommunismus war die Triebfeder der Nazibewegung, Antikommunismus und Hochmut steckt auch hinter den Angriffen auf die DDR. Die Bundesrepublik hat, was Friedensförderung, Schulung und Mitbestimmung in den Betrieben anbelangt, wenig anzubieten, was ihre junge Generation überzeugt. Red.